



Gemeinsame Resolution der brandenburgischen Umwelt- und Naturschutzverbände NABU, BUND und GRÜNE LIGA, von Lacoma e.V. und Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg:

Brandenburg muss seiner klimapolitischen Verantwortung gerecht werden - und jetzt die Weichen für den Braunkohleausstieg stellen

Der Klimawandel und die davon ausgehende Bedrohung des Menschen und seiner natürlichen Lebensgrundlagen ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Spätestens der Bericht des Klimarats der Vereinten Nationen (IPCC) hat jene zum Verstummen gebracht, die bis dahin meinten, der Klimawandel sei nicht bewiesen und ein von den Medien aufgebauschtes Phänomen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Wissenschaftler sind sich einig, dass der Klimawandel vom Menschen hervorgerufen wird, voll im Gange ist und katastrophale Folgen haben wird - wenn wir nicht gegensteuern. Bis zum Ende des Jahrhunderts droht ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um bis zu 5,8 Grad Celsius¹ was für die Nordhalbkugel noch höhere Temperaturanstiege zur Folge hätte. Sogenannte Extremwetterereignisse wie der Orkan „Kyrill“, Sturmfluten und extreme Dürren werden stark zunehmen. Der prognostizierte Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 59 Zentimeter bis 2100, längerfristig sogar bis zu 7 Meter bedroht ganze Landstriche und die großen Häfen der Welt². Diese Entwicklung macht vor Brandenburg nicht halt. Bei uns sind wüstenähnliche Temperaturen im Sommer und monsunartige Regenfälle im Winter zu erwarten. Der Grundwasserspiegel wird in den nächsten 50 Jahren deutlich sinken. Missernten, immense Sturmschäden und weitere „Jahrhundertfluten“ sind nur eine Frage der Zeit.

Diese Naturkatastrophen verursachen auch einen immensen wirtschaftlichen Schaden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass allein Deutschland bis 2050 mit klimabedingten Kosten in Höhe von 800 Milliarden Euro rechnen muss. Den Klimaexperten zufolge können wir unseren Wohlstand nur sichern, wenn wir das Klima schützen.

Aufgabe der Politik ist es, alles zu tun, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Der Temperaturanstieg darf - wie uns die Wissenschaftler raten - nicht über gerade noch beherrschbare zwei Grad Celsius hinausgehen. Dafür müssen ambitionierte Klimaschutzziele erreicht werden. Der weltweite CO₂-Ausstoß muss bis 2050 halbiert werden, die Industrieländer müssen zur Erreichung dieses Ziels sogar 80 Prozent weniger emittieren. Davon, wie Industrienationen wie beispielsweise Deutschland und

¹ lt. Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

² Teilberichte I und II des Klimarats der Vereinten Nationen (IPCC)

Schwellenländern wie z.B. Indien und China in den nächsten zehn bis 15 Jahren agieren, hängt ab, ob es noch gelingt, das Steuerrad herumzureißen.

Die Erkenntnis, dass die Zeit des Redens nun vorbei ist und sofort gehandelt werden muss, setzt sich immer mehr durch - nicht jedoch bei der brandenburgischen Landesregierung. Diese verkennt die Dimension des Problems und verweigert sich einer tragfähigen Lösungsstrategie.

Zwar verspricht die Landesregierung, den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben und ein Energiesparprogramm zu schreiben, den Kern des Problems, die Verstromung der Lausitzer Braunkohle, tastet sie jedoch nicht an. Dabei ist diese für mehr als 60 Prozent des brandenburgischen Kohlendioxid ausstoßes verantwortlich. Das Kraftwerk Jänschwalde ist eines der größten Dreckschleudern Europas. Die Braunkohleverstromung ist auch schuld daran, dass Brandenburg sein für 2010 gestecktes Klimaschutzziel, den Kohlendioxid ausstoß auf 53 Millionen Tonnen zu reduzieren, nicht einhalten wird. Statt klimapolitisch Vernunft anzunehmen, schafft die Landesregierung sogar noch die planerischen Grundlagen für einen Maximalabbau der in der Lausitz liegenden Vorräte bis ca. zum Jahr 2070. Sie setzt damit sehenden Auges auf ein „Weiter-so“ beim Ausstoß von Kohlendioxid und nimmt darüber hinaus die Abaggerung von 23 Lausitzer Dörfern in Kauf. Die von der Landesregierung ins Feld geführte Argumentation, die Emissionen ließe sich mit Hilfe der CO₂-Abscheidungs-Technologie rechtzeitig reduzieren, ist Augenschwermerei. Wir haben nichts gegen die Erforschung und Erprobung dieser Technologie. Doch ist sie noch nicht anwendungsreif und wirft neue Probleme auf. Beispielsweise ist keine sichere Endlagerung von abgeschiedenem CO₂ garantiert und die Technik mit einem deutlich höheren Energieverbrauch verbunden. Sie wird selbst nach Darstellung von Vattenfall frühestens 2020 zur Verfügung stehen und damit in den nächsten entscheidenden 13 Jahren nicht zur Reduzierung der Kohlendioxidemission in Brandenburg beitragen.

Die brandenburgische Landesregierung steht in der Pflicht, ihren Teil zur Eindämmung des Klimawandels beizutragen. Die Unterzeichner sind überzeugt, dass eine maßgebliche Reduktion der in Brandenburg emittierten klimaschädlichen Treibhausgase nicht zu machen sein wird, ohne sich von der Braunkohleverstromung zu verabschieden. Wir fordern die Landesregierung auf, sich zur Einhaltung eines ambitionierten Klimaschutzziels zu verpflichten, welches den oben skizzierten Erfordernissen Rechnung trägt. Dies kann nur durch die Festschreibung ehrgeiziger Energiesparvorgaben, eines sozialverträglichen Ausstiegsszenarios aus der Braunkohleverstromung und des konsequenten Ausbaus der Erneuerbaren Energien in der Energiestrategie des Landes und deren Umsetzung erreicht werden.

Brandenburg hat beim Ausbau dieser Energien zwar schon erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Allein die Windenergie kommt heute auf eine Leistung von über 3000 Megawatt, ca. 30 Prozent des in Brandenburg verbrauchten Stroms wird inzwischen mit Erneuerbaren Energien gedeckt. Die Kapazitätsausweitung der Erneuerbaren Energien darf aber nicht weiter einem höheren Energieexport dienen, mit ihr muss hierzulande aus fossilen Energieträgern gewonnener Strom ersetzt werden.

Im Hinblick auf die Braunkohlenutzung muss in der fortgeschriebenen Energiestrategie Folgendes festgelegt werden:

- keine Genehmigungen zusätzlicher Braunkohlefelder
- keine Ausgliederung Lacomas aus dem Landschaftsschutzgebiet und damit keine Genehmigung für die Abaggerung
- kein Neubau von Braunkohlekraftwerken
- ein schrittweises Herunterfahren der Leistung durch Abschalten von Braunkohle-Kraftwerksblöcken und Kompensation durch regenerative Energien

Wir fordern die Landesregierung auf, die in der Energiestrategie zu verankernden Ziele durch großangelegte Förderprogramme zur nachhaltigen Nutzung der Erneuerbaren Energien und zur Senkung des Energieverbrauchs zu untermauern. Schließlich muss Brandenburg seinen Widerstand gegen eine Verteuerung der Braunkohle im Rahmen des Emissionshandels aufgeben. Es darf diesem Anreizsystem für eine zumindest klimafreundlichere Stromproduktion nicht mehr im Weg stehen.

Potsdam, den 24.4.2007

Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Brandenburg

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Landesverband Brandenburg

GRÜNE LIGA, Landesverband Brandenburg

Lacoma e.V.

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Brandenburg